

PRESSEINFORMATION

IPV Industrieverband Papier- und Folienverpackung e.V.
Kleine Hochstraße 8
60313 Frankfurt

IPV Branchenumfrage 2024

Die Branche klagt über Umsatzrückgang und Standortnachteile

(Frankfurt/Deutschland). Im März wird traditionell die Branchenumfrage des Industrieverbands Papier- und Folienverpackungen (IPV) über das zurückliegende Jahr durchgeführt. Die Branchenumfrage vereint dabei Stimmungsbarometer und Gratmesser für die Entwicklungen im Bereich der flexiblen Verpackungen. Was hat sich im Vergleich zum Vorjahr verändert? „Damals standen viele Betriebe im wahrsten Sinne des Wortes auf der Bremse, weil die wirtschaftliche Zukunft ungewiss war“, erinnert IPV Vorstandssprecher Jens Vonderheid, Geschäftsführer der HERA Papierverarbeitung und setzt fort: „Nach Auswertung der aktuellen Umfrage muss man leider sagen, dass sich dieser Eindruck noch weiter erhärtet hat. Die Gründe dafür sind so zahlreich wie komplex und nachvollziehbar.“ Der Umsatz ist bei vielen Betrieben 2024 noch einmal zurückgegangen. 80 Prozent beklagen mittlerweile einen Umsatzrückgang. 2023 waren es bereits 67 Prozent. Die Mehrheit macht dafür neben der allgemeinen wirtschaftlichen Lage auch die gestiegenen Rohstoff- und Produktionskosten verantwortlich. Kunden halten sich mit Bestellungen zurück und warten ab. Viele IPV-Mitglieder hofften für 2025 immerhin auf eine Preisstabilität am Rohstoffmarkt. Sicher kann das aber derzeit keiner prognostizieren. „Die aktuelle Befragung der Branche macht deutlich, wie schwer es für produzierende Betriebe ist, langfristig wirtschaftlich Kurs zu halten“, erläutert IPV Geschäftsführer Karsten Hunger die aktuellen Zahlen.

Zukunftsmärkte sehen die Mitgliedsunternehmen im Bereich der Automatenverpackungen und im Bereich Gastronomie. Das Thema Light Packaging wird eine größere Bedeutung bekommen und die Nachfrage nach Produktinnovationen wird 2025 weiter steigen. Die gerade erst verabschiedete Europäische Verpackungsverordnung (PPWR) sorgt bereits für vielfältige Diskussionen. Die Hoffnung bleibt, dass durch sie eine höhere Ressourceneffizienz erzielt werden kann und der Endverbraucher die Vorteile recyclingfähiger

Verpackungen auch anerkennt. Hier bleiben aber vor allem auch Zweifel hinsichtlich der gewaltigen bürokratischen Hürden.

„Flexible Verpackungen die richtigen Antworten“

Neben den gewaltigen bürokratischen Hürden und steigenden Energiekosten, führen weiterhin zusätzliche Regulierungsmaßnahmen – oftmals undurchdacht und daher mehrfach nachträglich geflickt oder noch immer in Teilen vage und unklar - zu Unsicherheiten und Belastungen für die Branchenmitglieder. Zwei prominente Beispiele von vielen, sind die PPWR sowie die Europäische Entwurfsverordnung EUDR. Eine vor dem Hintergrund der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Weltlage zwingend erforderliche starke Wirtschaftspolitik sieht definitiv anders aus. Für 2025 erwartet keines der Unternehmen eine Verbesserung. 56 Prozent gehen sogar davon aus, dass die Geschäfte noch schlechter laufen werden. „Die Verpackungswelt steht vor großen Veränderungen. Eigentlich haben wir mit unseren flexiblen Verpackungen die richtigen Antworten für Verpackungsaufgaben und können je nach Anforderung auf Lösungen aus Papier, Kunststoff oder Verbunden zurückgreifen. Aber Europa macht es kompliziert. Die europäische Verpackungsverordnung steht in den Startlöchern, aber so vieles ist trotz mehrerer 100 Seiten Text weiterhin unklar. Einige EU-Entscheidungen werden branchenübergreifend als realitätsfern gesehen“, beschreibt IPV-Geschäftsführer Karsten Hunger die Situation. Der Branchenverband fordert eine grundsätzliche Überarbeitung bestehender Gesetze und Regelungen und eine stärkere inhaltliche Qualität bei der Erstellung neuer Verordnungen.

Bürokratielasten und Energiepolitik schwächen den Standort Deutschland

Die politischen Forderungen an die neue Regierung sind maßgeblich von Forderungen nach bürokratischer Entlastung und der Senkung von Energiekosten geprägt. Gerade die Kritik an der Bürokratisierung zieht sich nach wie vor und wenig überraschend wie ein roter Faden durch die Befragung. Beim Thema Energie ist es kaum anders. Die Hälfte der Betriebe, die an der Umfrage teilgenommen haben, planen deshalb in diesem Jahr weitere Investitionen in ihre energetische Infrastruktur. Es sind Investitionen in die eigene Zukunft, in die eigene Wettbewerbsfähigkeit. Ein Großteil fließt in Photovoltaikanlagen. Allerdings haben gerade einmal 10 Prozent ihre Gesamtinvestitionen erhöht, vollzogen wurde daher eher eine Fokussierung der Investitionsetats auf den Bereich der energetischen Modernisierung. Für 2025 unterscheiden sich die Strategien der teilnehmenden Unternehmen: zwar will noch immer eine Mehrzahl der Betriebe gleichbleibend oder mehr investieren, 30 Prozent planen allerdings eine Kürzung ihres Investitionshaushaltes. 78 Prozent sprechen sich für klare, verbindliche Rahmenbedingungen über längere Zeiträume aus und finden dies wichtiger, als Subventionen für konkrete, bauliche Maßnahmen zu erhalten.

In der Branchenbefragung spielen auch weitere Aspekte eine wichtige Rolle. Die von einigen Fraktionen im Bundestag erhobene Forderung nach einer erneuten Erhöhung des Mindestlohns wird kritisch gesehen. Ebenso wird eine stärkere Lohndifferenzierung bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall gefordert. Im vergangenen Jahr gaben 78 Prozent der Unternehmen an, dass sich die Anzahl an Fehltagen ihrer Mitarbeiter signifikant erhöht habe. Das deckt sich auch mit den Zahlen aus anderen Industriebranchen und ist für den Wirtschaftsstandort Deutschland kein gutes Zeichen.

Trump-Politik ist nicht vorhersehbar

Ernüchternd ist vor allem, dass bei den Mitgliedsunternehmen kaum Vertrauen vorhanden ist, ihre politischen Forderungen umzusetzen. Dies ist vor dem Hintergrund der tektonischen Verschiebungen in der Welt- und Handelspolitik besonders gravierend. Der Blick in die USA sorgt bei der Hälfte der Unternehmen für Sorgen. Die Folgewirkungen der aktuellen Trump-Politik sind nicht vorhersehbar. Die Strafzölle und die Art ihrer Implementierung gefährden das USA-Geschäft europäischer Unternehmen und auch die deutsche Konjunktur reagiert im Zuge einer angespannten Weltlage aufgrund der globalen Vernetzung meist sensibel. Insbesondere mit Blick auf den globalen Markt müssen neue EU-Regularien im Vorfeld auf Herz und Nieren geprüft werden, um unfaire Vorteile für Nicht-EU-Ländern auszuschließen und den eigenen Wirtschaftsraum zu stärken. „Gegenüber der aktuellen EU-Politik nach innen fordert der Verband Maß zu halten. Unter europäischen Wettbewerbern darf es keine unterschiedlichen Maßstäbe mehr geben. Die Subventionsverzerrungen innerhalb der EU müssen durch einen fairen Binnenmarkt gestoppt werden. Das stärkt Europa als starken Wirtschaftsraum auch nach außen“, so IPV-Vorstandssprecher Vonderheid.

Starke Zurückhaltung bei Einstellungen

Wie kritisch die wirtschaftliche Zukunft gesehen wird, zeigt sich besonders bei der Personalpolitik der Branchenunternehmen. Jeder zweite Betrieb hat 2024 Personal entweder abgebaut oder hat freiwerdende Stellen nicht mehr nachbesetzt. Stattdessen wird zunehmend auf eine Umverteilung der Aufgaben auf die bestehende Belegschaft gesetzt. Keines der Mitgliedsunternehmen gab an, dass er 2024 seine Beschäftigtenzahl erhöht habe. Dennoch betont jeder zweite Betrieb, dass es einen spürbaren Fachkräftemangel gibt. Das steht im deutlichen Gegensatz zu 2023. Hier waren es lediglich 11 Prozent, die einen signifikanten Mangel an geschultem Personal gemeldet hatten. Die aktuellen 50 Prozent aus 2024 knüpfen allerdings an die Erhebung von 2022 an, wo auch schon 40 Prozent der Mitglieder eine Verknappung der Personalressourcen spürten. Lässt man 2023 außen vor, dann ist klar sichtbar, dass sich dieser Trend leicht verlangsamt fortgesetzt hat.

Der Blick auf die Entwicklung der Ausbildungssituation verstärkt diese Einschätzung. Nur 38 Prozent der Betriebe konnten alle ihre Ausbildungsplätze besetzen. Einige fanden keine adäquaten Auszubildende. Vor allem die Ausbildungsangebote in der Produktion wurden schlecht nachgefragt. Karsten Hunger zeigt Lösungen auf: „Aufgabe der Politik muss es sein, auch hier bürokratische Hürden für Arbeitswillige abzubauen und insgesamt Anreize für eine produktive Partizipation am Arbeitsmarkt zu schaffen. Die Besteuerung von Überstunden oder zu starre Arbeitszeitmodelle hält der Verband für falsch. Die Integration aller Bevölkerungsgruppen in den Arbeitsmarkt mag schwierig sein, ist aber alternativlos.“ Daher fordert der Verband eine stärkere Qualifizierung von Menschen, die in Deutschland leben und die Intensivierung einer qualifizierten Zuwanderung. Aufgrund des gefürchteten Fachkräftemangels lässt sich auch begründen, warum fast 90 Prozent der Branchenbetriebe trotz einer lahmenden Konjunktur 2025 ihre Mitarbeiter betrieblich halten wollen. Man kann es auch als wichtige Investition in die eigene Zukunft sehen. Aber natürlich spricht es auch für die Verantwortung der vor allem mittelständisch geprägten Mitgliedsunternehmen des IPV.

Bildunterzeile Bild 1: Jens Vonderheid, IPV Vorstandssprecher: „Nach Auswertung der aktuellen Umfrage muss man leider sagen, dass sich der schlechte Trend aus 2023 auch 2024 verfestigt hat. Und die Gründe dafür sind komplex und mannigfaltig.“

Bildunterzeile Bild 2: Karsten Hunger, Geschäftsführer IPV: „Aufgabe der Politik muss es sein, auch hier bürokratische Hürden für Arbeitswillige abzubauen und insgesamt Anreize für eine produktive Partizipation am Arbeitsmarkt zu schaffen.“

Bildunterzeile Bild 3: Infografik Investitionen der Mitgliedsunternehmen 2025 zu 2024: „Für 2025 unterscheiden sich die Strategien: zwar will noch immer eine Mehrzahl der Betriebe gleichbleibend oder mehr investieren, aber immerhin 30 Prozent planen eine Kürzung ihres Investitionshaushaltes.“

Sie haben Fragen zur Pressemeldung? Rufen Sie uns an: **0177 4648258**

Kontakt zum Verband:

Karsten Hunger
Industrieverband Papier- und Folienverpackung e.V. (IPV)
Kleine Hochstraße 8 D-60313 Frankfurt (Main)
Tel. +49 (0) 69 28 12 09
E-Mail: info@ipv-verpackung.de

www.ipv-verpackung.de

Pressekontakt:

Guido Müller
SIEGBERG Kommunikation
Leimbachstraße 240, D-57074 Siegen
Tel: +49 177 4648258
Email: mueller@siegberg-pr.de